NomosReferendariat

Kornol | Wahlmann

Zwangsvollstreckungsrecht

3. Auflage

Nomos

NomosReferendariat

Malte Kornol
Vorsitzender Richter am Landgericht Bremen

Carsten Wahlmann
Vorsitzender Richter am Landgericht Bielefeld

Zwangsvollstreckungsrecht

3. Auflage

Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7010-6 (Print)
ISBN 978-3-7489-1293-4 (ePDF)

3. Auflage 2022
© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur 3. Auflage

Seit dem Erscheinen der zweiten Auflage sind vier Jahre vergangen. Auch die zweite Auflage ist auf großes Interesse gestoßen und wir haben weiterhin von vielen Referendaren, Ausbildern und aus Rezensionen erfreuliche Rückmeldungen erhalten. Der Zeitablauf verlangt eine Neuauflage, damit die Aktualität gewahrt bleibt. Das positive Feedback hat dazu beigetragen, notwendige Überarbeitungen vorzunehmen.

Die 3. Auflage berücksichtigt die neueste Rechtsprechung und die für das Zwangsvollstreckungsrecht relevanten Gesetzesänderungen. Großen Einfluss hatte weiterhin die Auswertung einer Vielzahl von vollstreckungsrechtlichen Klausuren aus den Jahren 2017-2021. Die Auswertungen zeigen, dass das systematische Befassen mit dem Vollstreckungsrecht für die Falllösung unerlässlich ist. Daneben zeigen die Auswertungen, dass in den Vollstreckungsrechtsklausuren nicht selten Klassiker aus dem Vollstreckungsrecht und neue Entwicklungen in der Rechtsprechung Eingang finden. Die Auswertungen und die Entwicklungen in der Rechtsprechung haben an einigen Stellen des Buches zu Weiterungen geführt.

Die Bereiche „Immobiliarzwangsvollstreckungsrecht“ und „Einführung in das Insolvenzrecht“ sind aktualisiert und für interessierte Leser weiterhin online gestellt unter:

www.ZV-Extra.nomos.de

Wir danken ausdrücklich für die vielen Anregungen von Arbeitsgemeinschaftsleitern, Prüfern, Richterkollegen und Referendaren, die wir gerne bei dieser dritten Auflage aufgenommen haben.

Bremen und Bielefeld, im Juni 2021

VRLG Kornol VRLG Wahlmann

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage

Die Grundlagen dieses Buches sind aus der Leitung von Arbeitsgemeinschaften im Zwangsvollstreckungsrecht seit 2005 bzw. 2006 entstanden. Die dort von uns entwickelten Unterlagen für den Lehrstoff haben überwiegend Eingang in dieses Buch gefunden. Daneben haben wir versucht, Erkenntnisse, die wir aus von uns gestellten Übungsklausuren und den Klausurbesprechungen gewonnen haben, durch Klausur- und Lerntipps einfließen zu lassen. Die eingearbeiteten Beispiele sollen dazu dienen, die dargestellten Probleme aus dem Zwangsvollstreckungsrecht zu veranschaulichen. Die einzelnen Checklisten sind dafür gedacht, anhand prägnanter Stichworte und Erläuterungen, examensrelevante Kernprobleme zu wiederholen.

Relevante Gesetzesänderungen sowie obergerichtliche Entscheidungen bis zum 1.8.2011 sind eingearbeitet worden.

Wir danken ausdrücklich unseren Familien sowie allen Freunden und Kollegen, die uns bei der Abfassung des Buchs und den Korrekturarbeiten unterstützt haben.

Für sachdienliche Anregungen sind wir dankbar (kornol-wahlmann_zvr@nomos.de).

Wir hoffen, dass es uns gelungen ist, mit diesem Buch den Rechtsreferendaren den für das Staatsexamen relevanten Stoff kompakt zu vermitteln und wünschen ein erfolgreiches Examen!

Bremen und Bielefeld, im Oktober 2011

RLG Kornol RLG Wahlmann

Inhalt

Vorwort zur 3. Auflage 5

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage 6

Abkürzungsverzeichnis 35

§ 1 Einführung in das Zwangsvollstreckungsrecht 37

A. Grundlagen des Zwangsvollstreckungsrechts 37
I. Definition 37
II. Abgrenzung zum Erkenntnisverfahren 37
III. Abgrenzung zum Insolvenzverfahren 37
IV. Verfahrensbesonderheiten 38
1. Parteiverfahren 38
2. Starke Formalisierung 39
3. Umfang 39
V. Die Vollstreckungsorgane 39
1. Gerichtsvollzieher, § 753 Abs. 1 ZPO 39
2. Vollstreckungsgericht 40
a) Sachliche Zuständigkeit 40
b) Örtliche Zuständigkeit 40
c) Funktionelle Zuständigkeit 40
d) Ausschließliche Zuständigkeit nach § 802 ZPO 41
e) Doppelfunktion des Vollstreckungsgerichts 41
3. Prozessgericht des ersten Rechtszugs 41
4. Grundbuchamt 41
VI. Weitere Beteiligte in der Zwangsvollstreckung 41
1. (Vollstreckungs-)Gläubiger 41
2. (Vollstreckungs-)Schuldner 42
3. Dritter 42
VII. Art und Weise der Zwangsvollstreckung 42
1. Vollstreckung aufgrund einer Geldforderung (Zahlungstitel), §§ 803–882 a ZPO 42
a) Vollstreckung in das bewegliche Vermögen des Schuldners, §§ 803–863 ZPO 43
b) Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen des Schuldners, §§ 864–871 ZPO 43
2. Zwangsvollstreckung wegen Herausgabe und Leistung von Sachen, §§ 883–886 ZPO 43
3. Zwangsvollstreckung wegen Vornahme, Duldung oder Unterlassung von Handlungen, §§ 887–893 ZPO 43
4. Zwangsvollstreckung wegen Abgabe von Willenserklärungen, §§ 894–898 ZPO 44

B. Prüfungsschema: Rechtmäßigkeit einer Zwangsvollstreckungsmaßnahme 44
I. Voraussetzungen an die Zwangsvollstreckung im Allgemeinen („Ob" der Zwangsvollstreckung) 44
1. Die allgemeinen Verfahrensvoraussetzungen 44
a) Antrag 44
b) Zuständigkeit 45
aa) Funktionelle Zuständigkeit des jeweiligen Vollstreckungsorgans 45
bb) Örtliche Zuständigkeit 45
cc) Sachliche Zuständigkeit 45
c) Deutsche Gerichtsbarkeit 45
d) Zulässigkeit des Rechtsweges 46
e) Parteifähigkeit, § 50 ZPO 46
f) Prozessfähigkeit, § 51 ZPO 46
g) Prozessführungsbefugnis 46
h) Rechtschutzbedürfnis 47
2. Die allgemeinen Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung 47
a) Titel 47
aa) Arten von Titeln 48
aaa) (End)Urteil 48
bbb) Titel i.S.d. § 794 ZPO 48
bb) Wirksamkeit des Titels 48
cc) Vollstreckungsfähigkeit des Titels 49
b) Klausel 50
aa) Allgemeines 50
bb) Inhalt der Klausel 50
cc) Drei Arten von Klauseln 50
aaa) Einfache Klausel, §§ 724, 725 ZPO 50
bbb) Titelergänzende Klausel, § 726 ZPO 50
ccc) Titelumschreibende Klausel, §§ 727–729 ZPO 51
c) Zustellung, § 750 Abs. 1 ZPO 51
3. Besondere Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung 52
a) Eintritt eines Kalendertages, § 751 ZPO 52
b) Nachweis der Sicherheitsleistung, §§ 751 Abs. 2, 752 ZPO 52
c) Zug-um-Zug-Leistung, § 756 ZPO 53
d) Einhaltung der Wartefrist 53
4. Keine Vollstreckungshindernisse 54
a) Einstellung oder Beschränkung der Zwangsvollstreckung, § 775 ZPO 54
b) Eröffnung des Insolvenzverfahrens 55
c) Zwangsvollstreckung gegen Erben, § 778 ZPO 55
d) Vollstreckungsvereinbarung 55
II. Ordnungsgemäße Durchführung der Zwangsvollstreckung („Wie" der Zwangsvollstreckung) 56

Checkliste: Einführung in das Zwangsvollstreckungsrecht 57

§ 2 Übersicht über die Rechtsbehelfe im Vollstreckungsrecht 60

A. Grundlagen 60

B. Grundübersicht – Rechtsbehelfe in der Zwangsvollstreckung 60
I. Einwendungen formeller Art 60
1. Vollstreckungserinnerung, § 766 ZPO 61
2. Sofortige Beschwerde, § 793 ZPO (§ 11 Abs. 1 RPflG) i.V.m. §§ 567 ff. ZPO 61
3. Rechtspflegererinnerung, § 11 Abs. 2 RPflG 61
4. Grundbuchbeschwerde, § 71 GBO 61
II. Einwendungen materieller Art 61
1. Vollstreckungsabwehrklage, § 767 ZPO 62
2. Gestaltungsklage analog § 767 ZPO 62
3. Drittwiderspruchsklage, § 771 ZPO 62
4. Klage auf vorzugsweise Befriedigung, § 805 ZPO 62
5. Klage wegen vorsätzlich sittenwidriger Vollstreckung nach § 826 BGB 63
III. Weitere Rechtsbehelfe/Klageformen/Schutzanträge 63

§ 3 Die Fahrnisvollstreckung 64

A. Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung im Allgemeinen („Ob“) 64

B. Ordnungsgemäße Durchführung der Zwangsvollstreckung („Wie“) 64
I. Pfändung 64
1. Statthaftigkeit 64
a) Geldtitel 64
b) Bewegliche Sache 65
aa) Grundstück nebst wesentlichen Bestandteilen, §§ 93, 94 BGB 65
bb) Haftungsverband der Hypothek, § 865 Abs. 1 ZPO, §§ 1120 ff. BGB 65
aaa) Bestandteile des Haftungsverbands der Hypothek 65
(1) Getrennte Erzeugnisse und Bestandteile sowie Miet- und Pachtzinsforderungen 66
(2) Zubehör, § 97 BGB 66
bbb) Keine Enthaftung aus dem Haftungsverband 66
c) Körperliche Sachen 66
2. Zuständigkeit 67
3. Zwangsvollstreckung zur rechten Zeit 67
4. Zwangsvollstreckung am rechten Ort, §§ 808, 809 ZPO 67
a) Gewahrsam des Schuldners, § 808 ZPO 67
b) Gewahrsam des Gläubigers und des herausgabebereiten Dritten, § 809 ZPO 68
c) Relevanz der Eigentumsverhältnisse 68
5. Zwangsvollstreckung im rechten Umfang 68
a) Pfändungsverbote, §§ 811 ff. ZPO 68
b) Überpfändung und Nutzlospfändung, § 803 ZPO 69
6. Zwangsvollstreckung in der rechten Art und Weise 69
a) Antrag des Gläubigers, §§ 753, 754 ZPO 69
b) Leistungsaufforderung, § 754 ZPO 70

c) Gütliche Einigung, § 802 b ZPO 71
d) Wohnungsdurchsuchung, §§ 758, 758 a ZPO 71
e) Zeugenhinzuziehung, § 759 ZPO 71
f) Protokollierung, § 762 ZPO 71
g) Pfändungsakt 72
h) Verfolgungsrecht des Gerichtsvollziehers (sogenannte Nacheile) 72
7. Rechtsfolgen einer Pfändung 72
a) Verstrickung 73
aa) Entstehen der Verstrickung 73
bb) Beendigung der Verstrickung 73
b) Pfändungspfandrecht, § 804 Abs. 1 ZPO 73
aa) Privatrechtliche Theorie 74
bb) Öffentlich-rechtliche Theorie 74
cc) Gemischt-öffentlich-rechtlich-privatrechtliche Theorie 74
dd) Streitentscheidung 75
II. Verwertung, §§ 814 ff. ZPO 76
1. Gepfändetes Geld 76
2. Gepfändete Gegenstände 76
a) Ablauf der Verwertung 76
b) Gebot und Zuschlag 76
c) Ablieferung 76
d) Dingliche Surrogation, § 1247 S. 2 BGB analog 77

Checkliste: Fahrnisvollstreckung 78

§ 4 Vollstreckungserinnerung, § 766 ZPO 81

A. Einführung 81
I. Grundlagen 81
II. Verfahrensgrundsätze 81
III. Abgrenzung zu anderen Rechtsbehelfen/-mitteln 82
1. Dienstaufsichtsbeschwerde 82
2. Vollstreckungsabwehrklage, § 767 ZPO 82
3. Gestaltungsklage analog § 767 ZPO 83
4. Drittwiderspruchsklage, § 771 ZPO 83
5. Sofortige Beschwerde, § 793 ZPO (§ 11 Abs. 1 RPflG) 83
6. Klauselerinnerung, § 732 ZPO/Klauselgegenklage, § 768 ZPO 83

B. Prüfungsschema der Vollstreckungserinnerung gemäß § 766 ZPO 84
I. Zulässigkeit 84
1. Statthaftigkeit 84
2. Antrag 85
3. Zuständigkeit 85
a) Sachliche Zuständigkeit 85
b) Örtliche Zuständigkeit 86
c) Funktionelle Zuständigkeit 86
4. Form 86
5. Frist 86
6. Erinnerungsbefugnis/Beschwer 86

7. Rechtsschutzbedürfnis 87
a) Zeitliches Rechtsschutzbedürfnis 87
aa) Grundsatz 87
bb) Ausnahmen 87
b) Sachliches Rechtsschutzbedürfnis 88
8. Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen 88
II. Begründetheit 89
1. Prüfungsansatz 89
2. Maßgebender Zeitpunkt der Prüfung 89
3. Die Erinnerung aus Sicht der möglichen Beteiligten 90
a) Die Erinnerung des Schuldners 90
aa) Voraussetzungen an die Zwangsvollstreckung im Allgemeinen („Ob" der Zwangsvollstreckung") 90
bb) Ordnungsgemäße Durchführung der Zwangsvollstreckung („Wie" der Zwangsvollstreckung) 90
b) Die Erinnerung des Gläubigers 91
c) Die Erinnerung des Dritten 91
d) Die Erinnerung gegen den Kostenansatz 91

C. Entscheidung 91
I. Entscheidungsform 91
II. Beispiele möglicher Tenorierungen 92
1. Die Erinnerung des Schuldners/Dritten/Gläubigers ist unzulässig 92
2. Die Erinnerung des Schuldners ist unbegründet 92
3. Die Erinnerung des Schuldners ist begründet 92
4. Die Erinnerung eines Dritten ist unbegründet 92
5. Die Erinnerung des Dritten ist zulässig und begründet 92
6. Die Erinnerung des Gläubigers ist unbegründet 92
7. Die Erinnerung des Gläubigers ist begründet 92
a) Möglichkeit 1 92
b) Möglichkeit 2 92
III. Kosten 93
1. Gerichtskosten 93
2. Außergerichtliche Kosten 93
IV. Vorläufige Vollstreckbarkeit 93
V. Verfahren/Rechtsmittel 93

D. Aufbau eines Beschlusses 94

Checkliste: Vollstreckungserinnerung 95

§ 5 Sofortige Beschwerde, § 793 ZPO 99

A. Einführung 99
I. Grundlagen 99
II. Rechtliche Einordnung 99

B. Prüfungsschema der sofortigen Beschwerde gemäß § 793 ZPO 99
I. Zulässigkeit 99
1. Statthaftigkeit 99
a) Entscheidung 99

b) Richter oder Rechtspfleger 100
c) Entscheidung im Zwangsvollstreckungsverfahren 100
d) Ohne mündliche Verhandlung 100
e) Kein Ausschluss der sofortigen Beschwerde 100
2. Form 101
3. Postulationsfähigkeit 101
4. Frist 101
5. Beschwer 101
6. Zuständigkeit 102
7. Rechtsschutzbedürfnis 102
II. Begründetheit 102
1. Prüfungsansatz 102
2. Maßgeblicher Zeitpunkt 103
III. Entscheidung 103
1. Entscheidungsform 103
2. Beispiele möglicher Tenorierungen 103
a) Die Beschwerde ist unzulässig 103
b) Die Beschwerde ist unbegründet 104
c) Die zulässige Beschwerde ist zulässig und begründet 104
d) Die zulässige Beschwerde hat Erfolg, ist aber noch nicht entscheidungsreif 104
3. Kosten 104
4. Vorläufige Vollstreckbarkeit 104
IV. Verfahren/Rechtsmittel 104
V. Einstweilige Anordnung 105

C. Aufbau eines Beschlusses 105

Checkliste: Sofortige Beschwerde 107

§ 6 Vollstreckungsabwehrklage, § 767 ZPO 109

A. Einführung 109
I. Grundlagen 109
II. Abgrenzung zu anderen Rechtsbehelfen/-mitteln 109
1. Vollstreckungserinnerung, § 766 ZPO 109
2. Feststellungsklage, § 256 ZPO 110
3. Leistungsklage 111
4. Abänderungsklage, § 323 ZPO 111
5. Schadensersatzklage nach § 826 BGB 112
6. Berufung, §§ 511 ff. ZPO 113
7. Revision, §§ 542 ff. ZPO 113
8. Gestaltungsklage nach § 767 ZPO analog 113
9. Klage aus vollstreckungsbeschränkender Vereinbarung nach § 767 ZPO analog 113
10. Klauselerinnerung, § 732 ZPO/Klauselgegenklage, § 768 ZPO 114
11. Klage auf Herausgabe des Titels nach § 371 BGB analog 114
12. Bereicherungsklage nach § 812 BGB 114
13. Wiederaufnahmeverfahren, §§ 579 ff. ZPO 115

B. Prüfungsschema der Vollstreckungsabwehrklage gemäß § 767 ZPO 115
I. Zulässigkeit 115
1. Vollstreckungstitel 115
2. Statthaftigkeit 116
3. Form 116
4. Frist 117
5. Zuständigkeit 117
a) Grundfall: Urteil 117
b) Ausnahmefälle: Andere Titel 117
aa) Vollstreckbare gerichtliche oder notarielle Urkunden, § 794 Abs. 1 Nr. 5 ZPO 118
bb) Prozessvergleich, § 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO 118
cc) Vollstreckungsbescheid, § 794 Abs. 1 Nr. 4 ZPO 118
dd) Titel in Familiensachen 119
6. Rechtschutzbedürfnis 119
a) Zeitliches Rechtsschutzbedürfnis 119
aa) Beginn 119
bb) Ende 119
b) Sachliches Rechtsschutzbedürfnis 119
aa) Berufung 120
bb) Kostenfestsetzungsverfahren 120
cc) Prozessvergleich 120
dd) Zahlungsnachweis 121
ee) Unwirksamkeit und Unbestimmtheit des Titels 121
ff) Vollstreckungsvereinbarung 122
7. Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen 122
II. Begründetheit 122
1. Aktivlegitimation 122
2. Passivlegitimation 123
3. Vorliegen einer materiell-rechtlichen Einwendung 123
a) Rechtshindernde Einwendungen (Beispiele) 123
b) Rechtsvernichtende Einwendungen (Beispiele) 124
c) Rechtshemmende Einwendungen (Beispiele) 124
4. Präklusion, § 767 Abs. 2, 3 ZPO 125
a) Präklusion nach § 767 Abs. 2 ZPO (Regelfall) 125
aa) Zeitpunkt der spätestmöglichen Geltendmachung 125
aaa) (End-)Urteil 125
bbb) Versäumnisurteil 125
ccc) Vollstreckungsbescheid 126
ddd) Vollstreckbare Urkunden 126
eee) Prozessvergleich 126
fff) Kostenfestsetzungsbeschlüsse 126
bb) Entstehen der Einwendung 127
aaa) Grundsatz 127
bbb) Gestaltungsrechte 127
b) Präklusion nach § 767 Abs. 3 ZPO 128
III. (Verdeckte) Klageänderung 129

C. Verfahren/Entscheidung 129
I. Klagezustellung 129
II. Verfahren 129
III. Entscheidungsform 129
IV. Beispiele möglicher Tenorierungen in der Hauptsache 130
1. Die Klage ist unzulässig und/oder unbegründet 130
2. Die Klage ist zulässig und begründet 130
3. Die Klage ist zulässig und teilweise begründet 130
4. Erfolg bei Beschränkung der Vollstreckung 130
a) Stundung 130
b) Zurückbehaltungsrecht 130
V. Kostenentscheidung 131
VI. Vorläufige Vollstreckbarkeit 131
VII. Einstweilige Anordnung 132

D. Urteilsaufbau 132

E. Exkurs: Aufrechnung, §§ 387 ff. BGB 135
I. Einführung 135
II. Prozessuale Bedeutung 135
III. Prüfungsreihenfolge 135
IV. Typische Fallgestaltungen in der Klausur 136
1. Hilfsaufrechnung 136
2. Verschachtelte Aufrechnungen 136
3. Aufrechnung mit oder gegen einen Kostenerstattungsanspruch 136
4. Aufrechnung mit oder gegen eine Mehrzahl von Forderungen 137

Checkliste: Vollstreckungsabwehrklage 139

§ 7 Klagearten analog § 767 ZPO 144

A. Gestaltungsklage analog § 767 ZPO 144

I. Einführung 144

II. Prüfungsschema der Gestaltungsklage analog § 767 ZPO 144
1. Zulässigkeit 144
0) Vollstreckungstitel 144
1) Statthaftigkeit 145
aa) Fallgruppen 145
bb) Abgrenzung zur Vollstreckungsabwehrklage gemäß § 767 Abs. 1 ZPO 146
2) Form 146
3) Frist 147
4) Zuständigkeit 147
5) Rechtsschutzbedürfnis 147
aa) Zeitliches Rechtsschutzbedürfnis 147
bb) Sachliches Rechtsschutzbedürfnis 147
2. Begründetheit 148
0) Unwirksamkeit des Vollstreckungstitels 148
1) Präklusion 148

III. Verfahren, Tenor, Nebenentscheidungen, Streitwert 148

B. Klage aus vollstreckungsbeschränkender Vereinbarung analog § 767 ZPO 148

I. Einführung 148

II. Prüfungsschema der Klage aus vollstreckungsbeschränkender Vereinbarung analog § 767 ZPO 149
1. Zulässigkeit 149
o) Statthaftigkeit 149
aa) Fallgestaltungen 149
bb) Abgrenzung zur Vollstreckungserinnerung gemäß § 766 Abs. 1 ZPO 150
cc) Abgrenzung zur Vollstreckungsabwehrklage gem. § 767 Abs. 1 ZPO 150
1) Form 151
2) Frist 151
3) Zuständigkeit 151
4) Rechtsschutzbedürfnis 152
aa) Zeitliches Rechtsschutzbedürfnis 152
bb) Sachliches Rechtsschutzbedürfnis 152
2. Begründetheit 152
o) Vollstreckungsbeschränkender Inhalt der Vereinbarung 152
1) Präklusion 153

III. Verfahren, Tenor, Nebenentscheidungen, Streitwert 153

Checkliste: Klagearten analog § 767 ZPO 154

§ 8 Drittwiderspruchsklage, § 771 ZPO 158

A. Einführung 158

B. Abgrenzung zu anderen Rechtsbehelfen/-mitteln 158
I. Vollstreckungserinnerung, § 766 ZPO 158
II. Vollstreckungsabwehrklage, § 767 ZPO 159
III. Klage auf vorzugsweise Befriedigung, § 805 ZPO 159
IV. Leistungsklage 159
V. Klage nach § 771 ZPO analog 160

C. Prüfungsschema der Drittwiderspruchsklage gemäß § 771 ZPO 160
I. Zulässigkeit 160
1. Statthaftigkeit 160
2. Form 161
3. Frist 161
4. Zuständigkeit des Gerichts 161
a) Sachliche Zuständigkeit 161
b) Örtliche Zuständigkeit 162
5. Rechtsschutzbedürfnis 162
a) Zeitliches Rechtsschutzbedürfnis 162
b) Sachliches Rechtsschutzbedürfnis 163
aa) Wirksamkeit der Vollstreckungshandlung 163

bb) Alternative der Vollstreckungserinnerung, § 766 ZPO 163
II. Begründetheit der Drittwiderspruchsklage 164
1. Aktivlegitimation 164
2. Passivlegitimation 164
3. Interventionsrecht 164
a) Eigentum 164
b) Sicherungseigentum 165
aa) Pfändung durch einen Gläubiger des Sicherungsgebers 165
bb) Pfändung durch einen Gläubiger des Sicherungsnehmers 166
c) Vorbehaltseigentum 166
aa) Pfändung durch einen Gläubiger des Vorbehaltskäufers 167
bb) Pfändung durch einen Gläubiger des Vorbehaltsverkäufers 167
d) Forderungsinhaberschaft 168
aa) Vollinhaberschaft 168
bb) Sicherungsabtretung 169
aaa) Pfändung bei dem Zedenten 169
bbb) Pfändung beim Zessionar 170
cc) Inkassozession 170
e) Uneigennütziges Treuhandverhältnis 170
f) Sonstige dingliche Rechte 172
g) Besitz 172
h) Pfandrechte 173
i) Schuldrechtliche Ansprüche 173
aa) Herausgabeansprüche 173
bb) Verschaffungsansprüche 174
j) Anfechtungsrechte nach AnfG und InsO 174
4. Einwendungen des Beklagten 174
a) Bestreiten des Bestehens des behaupteten Interventionsrechts 174
b) Nichtigkeitsgründe 175
c) Einrede der Anfechtbarkeit nach dem AnfG (§ 9 AnfG) 175
d) Treu und Glauben, § 242 BGB 175
e) Vorliegen eines besseren Rechts 176
f) Wirtschaftliche Identität nicht ausreichend 176

D. Verfahren/Entscheidung 176
I. Verfahren/Rubrum 176
II. Tenor 177
1. Die Klage hat keinen Erfolg 177
2. Die Klage hat Erfolg 177
3. Die Klage hat teilweise Erfolg 177
III. Kosten 177
IV. Vorläufige Vollstreckbarkeit 177
V. Einstweilige Anordnung 178

E. Urteilsaufbau (mit Hinweisen für die Drittwiderspruchsklage) 178

Checkliste: Drittwiderspruchsklage 181

§ 9 Klage auf vorzugsweise Befriedigung nach § 805 ZPO 185

A. Einführung 185

B. Abgrenzung zu anderen Rechtsbehelfen/-mitteln 185
I. Widerspruchsklage, §§ 878 ff. ZPO 185
II. Drittwiderspruchsklage, § 771 ZPO 185
III. Allgemeine Leistungs-/Feststellungsklagen 186

C. Prüfungsschema der Klage gemäß § 805 ZPO 186
I. Zulässigkeit der Klage 186
1. Statthaftigkeit 186
a) Vollstreckung wegen einer Geldforderung in eine bewegliche (körperliche) Sache 186
b) Behauptung eines besitzlosen Pfand- oder Vorzugsrechts 187
2. Zuständigkeit 187
a) Sachliche Zuständigkeit 187
b) Örtliche Zuständigkeit 187
3. Form 187
4. Rechtsschutzbedürfnis 188
a) Zeitliches Rechtsschutzbedürfnis 188
b) Sachliches Rechtsschutzbedürfnis 188
II. Begründetheit 189
1. Aktiv- und Passivlegitimation 189
2. Bestehen des Pfand- oder Vorzugsrechts 189
a) Besitzlose Pfandrechte 189
b) Besitzhafte Pfandrechte 190
c) Vorzugsrecht 190
d) Anfechtungsrecht gemäß § 11 AnfG 190
3. Vorrangigkeit gegenüber dem Pfandrecht des Beklagten 191
a) Gutgläubig erworbene Pfandrechte, § 804 Abs. 2 ZPO i.V.m. § 50 Abs. 1 InsO 191
b) Privilegierte Pfand- oder Vorzugsrechte, § 804 Abs. 2 ZPO i.V.m. §§ 50, 51 InsO 191
c) Nicht privilegierte Vorzugsrechte 192

C. Verfahren/Entscheidung 192
I. Verfahren/Rubrum 192
II. Tenor 192
1. Die Klage hat keinen Erfolg 192
2. Die Klage hat Erfolg 192
3. Die Klage hat teilweise Erfolg 192
III. Kosten 192
IV. Vorläufige Vollstreckbarkeit 193
V. Einstweilige Anordnung 193

Checkliste: Klage auf vorzugsweise Befriedigung 194

§ 10 Klage bzw. Einrede nach dem AnfG 196

A. Vorüberlegung 196

B. Klausurrelevante Konstellationen 196
I. Anfechtungsklage gegen Dritten auf Duldung der Zwangsvollstreckung, §§ 11, 13 AnfG 196
II. Anfechtungsklage gegen Dritten auf Wertersatz, §§ 11, 13 AnfG 197
III. Verteidigung des Gläubigers gegen eine Drittwiderspruchsklage des Dritten, § 771 ZPO 198
IV. Drittwiderspruchsklage des Gläubigers gegen einen „Vierten", § 771 ZPO 199

C. Prüfungsschema der Klage nach dem AnfG/Voraussetzungen der Anfechtung 200
I. Zulässigkeit der Klage (§§ 11, 13 AnfG) 200
1. Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen 200
a) Zuständigkeit 201
b) Form 201
2. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen der Anfechtungsklage 201
a) Klagebefugnis bzw. Anfechtungsberechtigung des Klägers, § 2 AnfG 201
b) Klagegegner, §§ 11, 15 AnfG 202
c) Kein Insolvenzverfahren eröffnet, § 1 AnfG 202
II. Begründetheit der Anfechtungsklage 202
1. Rechtshandlung des Vollstreckungsschuldners, § 1 AnfG 202
2. Objektive Gläubigerbenachteiligung, § 1 Abs. 1 AnfG 203
a) Vorliegen einer objektiven Gläubigerbenachteiligung 203
b) Unterscheidung in mittelbare und unmittelbare Gläubigerbenachteiligung 203
3. Anfechtungstatbestand, §§ 3 ff. AnfG 204
a) Vorsatzanfechtung nach § 3 Abs. 1 AnfG 204
aa) Beweiserleichterung, § 3 Abs. 1 S. 2 AnfG 204
bb) Inkongruente Deckung 204
b) Vorsatzanfechtung nach § 3 Abs. 2 AnfG (nahestehende Person) 206
c) Schenkungsanfechtung, § 4 AnfG 206
4. Anfechtungsfrist, § 7 AnfG 207
5. Rechtsfolge bei durchgreifender Anfechtung 207

Checkliste: Anfechtungsgesetz 208

§ 11 Die Klage nach § 826 BGB bei sittenwidriger Vollstreckung 212

A. Einführung 212
I. Grundlagen 212
II. Absolute Ausnahme: Durchbrechung der Rechtskraft 212
III. Abgrenzung zur Vollstreckungsgegenklage gemäß § 767 ZPO 213

B. Prüfungsschema der Klage nach § 826 BGB 213
I. Zulässigkeit 213
1. Zuständigkeit 213
2. Form 213
3. Entgegenstehende Rechtskraft 214
4. Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen 214
II. Begründetheit 214
1. Objektiv unrichtiger Titel 215

2. Sittenwidrigkeit 215
a) Sittenwidriges Erschleichen 215
b) Sittenwidriges Ausnutzen eines Titels 216
3. Kenntnis des Gläubigers 216
4. Keine nachlässige Prozessführung des Schuldners 216

C. Verfahren/Entscheidung 217
I. Verfahren 217
II. Entscheidungsform 217
III. Hauptsachentenor bei erfolgreicher Klage 217
IV. Kostenentscheidung 218
V. Vorläufige Vollstreckbarkeit 218
VI. Einstweilige Anordnung 218

Checkliste: Klage nach § 826 BGB 219

§ 12 Pfändung von Forderungen und anderen Vermögensrechten, §§ 828 ff. ZPO 221

A. Einführung 221
I. Grundlagen 221
II. Überblick 221

B. Prüfungsschema der Rechtmäßigkeit der Pfändung einer Geldforderung 222
I. Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung im Allgemeinen („Ob“) 222
II. Ordnungsgemäße Durchführung der Zwangsvollstreckung („Wie“) 222
1. Pfändungsbeschluss, §§ 829 ff. ZPO 222
a) Statthaftigkeit 223
aa) Zwangsvollstreckung wegen eines Geldtitels 223
bb) Vollstreckungsgegenstand 223
cc) Abgrenzung zur Immobiliarzwangsvollstreckung, § 865 ZPO 223
b) Zuständigkeit, § 828 ZPO 224
c) Antrag/Form 224
d) Schuldnervermögen 225
e) Pfändbarkeit der Forderung 225
aa) Soziale Grenzen, §§ 850 ff. ZPO 225
bb) Erweiterung der Pfändungsgrenzen, § 850 f ZPO 225
cc) Zivilrechtliche Übertragungseinschränkungen, § 851 ZPO 226
aaa) Unübertragbarkeit kraft gesetzlicher Vorschrift 226
bbb) Wegen ihres Inhalts unübertragbare Forderungen, § 399 1. Fall BGB 226
(1) Höchstpersönliche Rechte 226
(2) Zweckgebundene Ansprüche 226
ccc) Kein Pfändungsverbot bei Unübertragbarkeit kraft Vereinbarung, § 851 Abs. 2 ZPO 227
f) (Kein) Rechtliches Gehör des Schuldners, § 834 ZPO 227
g) Inhalt des Beschlusses, § 829 ZPO 227
h) Zustellung, § 829 Abs. 3 ZPO 228
i) Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis 228
aa) Aufrechnungsmöglichkeit 228

bb) Bereits abgetretene Forderung 228
j) Rechtsfolge/Rechtsstellung der Beteiligten 229
aa) Rechtsstellung des Gläubigers 229
bb) Rechtsstellung des Schuldners 229
cc) Rechtsstellung des Drittschuldners 229
2. Überweisungsbeschluss, § 835 ff. ZPO 230
a) Wirksamer Pfändungsbeschluss 230
b) Statthaftigkeit 230
c) Zuständigkeit, §§ 835, 828 ZPO 230
d) Antrag/Form 230
e) Schuldnervermögen 231
f) (Kein) Rechtliches Gehör des Schuldners, § 834 ZPO 231
g) Inhalt des Beschlusses, § 835 ZPO 231
h) Zustellung an Drittschuldner, §§ 835 Abs. 3 S. 1, 829 Abs. 3 ZPO 231
i) Rechtsfolgen 231
aa) An Zahlungs statt, § 835 Abs. 1 2. Fall ZPO 231
bb) Zur Einziehung, § 835 Abs. 1 1. Fall ZPO 232
aaa) Rechtsstellung des Gläubigers 232
bbb) Rechtsstellung des Schuldners 233
ccc) Rechtsstellung des Drittschuldners (Überblick) 234

C. Pfändung und Verwertung von Ansprüchen auf Herausgabe oder Leistung von Sachen (§§ 846 ff. ZPO) 234
I. Grundlagen 234
II. Pfändungsbeschluss 235
III. Verwertung (Einziehung) 235

D. Pfändung sonstiger Vermögensrechte (§§ 857 ff. ZPO) 236

E. Sonderfall: Pfändung eines Anwartschaftsrechts (Doppelpfändung) 236

F. Rechtsbehelfe 238

G. Einziehungsklage 238
I. Einführung 238
II. Prüfungsschema der Einziehungsklage 239
1. Zulässigkeit 239
a) Zuständigkeit 240
b) Entgegenstehende Rechtskraft/Anderweitige Rechtshängigkeit 240
c) Streitverkündung, § 841 ZPO 241
d) Prozessführungsbefugnis 241
aa) Mindermeinung 241
bb) Herrschende Meinung 241
2. Begründetheit 242
a) Einziehungsberechtigung 242
aa) Vorliegen eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses 242
bb) Grundsatz: Wirksamkeit des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses 242

cc) Ausnahme: Berücksichtigung der Rechtswidrigkeit und Anfechtbarkeit des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses 243
b) Bestehen der Forderung des Schuldners gegen den Drittschuldner 243
aa) Einwendungen und Einreden aus dem Verhältnis Drittschuldner-Gläubiger 243
bb) Einwendungen und Einreden aus dem Verhältnis Gläubiger-Schuldner 244
cc) Einwendungen und Einreden aus dem Verhältnis Drittschuldner-Schuldner 244
aaa) Vor der Beschlagnahme 244
bbb) Nach der Beschlagnahme 244
(1) § 407 BGB analog 245
(2) § 836 Abs. 2 ZPO 246
(3) § 836 Abs. 2 ZPO bei Mehrfachpfändung 248
(4) § 392 BGB 249
(5) Abgrenzung des § 392 BGB von § 406 BGB 249
(6) Prüfungsschema des § 392 BGB 250
(a) Begrifflichkeiten 251
(b) Prüfungsschema 251
(aa) Grundsatz 251
(bb) Ausnahme 1 251
(cc) Ausnahme 2 252
dd) Fiktion der gepfändeten Forderung 253
ee) Anfechtbare Abtretung 253
3. Verfahren/Entscheidung 254
4. Anwaltsklausur: Hilfsantrag aus § 840 ZPO 255
VIII. Vorpfändung (§ 845 ZPO) 255

Checkliste: Forderungspfändung 257

§ 13 Klauselverfahren und Klauselrechtsbehelfe/-klagen 265

A. Einführung 265
I. Grundlagen 265
II. Arten und Unterteilung von Klauseln 265
1. Unterscheidung der Klauseln anhand des für die Erteilung zuständigen Organs 265
2. Unterscheidung der Klauseln nach den gesetzlichen Voraussetzungen 266
a) Einfache Klausel nach § 724 ZPO 266
b) Titelergänzende Klausel, § 726 ZPO 266
aa) Zwangsvollstreckung von einer Bedingung abhängig, § 726 Abs. 1 ZPO 266
bb) Titel auf Abgabe einer Willenserklärung bei Zug-um-Zug-Verurteilung 267
c) Titelumschreibende Klausel, §§ 727–729 ZPO 267
III. Klausurrelevanz 268

B. Klauselerteilungsverfahren 268
I. Grundlagen 268

II. Voraussetzungen des Klauselerteilungsverfahrens 268

C. Klauselrechtsbehelfe/-klagen 269
I. Übersicht 269
II. Rechtsbehelfe und Klagen des Gläubigers bei Versagung der Klauselerteilung 269
1. Prüfungsschema für die Erinnerung nach § 573 Abs. 1 ZPO 270
a) Zulässigkeit 270
aa) Statthaftigkeit 270
bb) Form 270
cc) Frist 270
dd) Beschwer 270
ee) Zuständigkeit 270
ff) Rechtsschutzbedürfnis 270
b) Begründetheit 270
2. Prüfungsschema für die Beschwerde nach § 11 Abs. 1 RPflG, § 567 Abs. 1 ZPO 271
a) Zulässigkeit 271
aa) Statthaftigkeit 271
bb) Form 271
cc) Frist 271
dd) Beschwer 271
ee) Zuständigkeit 271
ff) Rechtsschutzbedürfnis 271
b) Begründetheit 271
3. Beschwerde des Gläubigers nach § 54 BeurkG 271
4. Prüfungsschema für die Klauselerteilungsklage gemäß § 731 ZPO 272
a) Zulässigkeit 272
aa) Statthaftigkeit 272
bb) Zuständigkeit 272
aaa) Grundfall Urteil 272
bbb) Ausnahmefälle anderer Titel 272
cc) Rechtsschutzbedürfnis 273
b) Begründetheit 273
aa) Vorliegen der Voraussetzungen für die Erteilung einer qualifizierten Klausel 273
bb) Nichtvorliegen von materiell-rechtlichen Einwendungen des Schuldners 274
III. Rechtsbehelfe und Klagen des Schuldners gegen die Erteilung der Klausel 274
1. Prüfungsschema für die Klauselerinnerung nach § 732 ZPO 275
a) Zulässigkeit 275
aa) Statthaftigkeit 275
aaa) Formelle Einwendungen 275
bbb) Materielle Einwendungen bei qualifizierter Klausel 275
bb) Form 276
cc) Frist 276
dd) Beschwer 276
ee) Zuständigkeit 276
ff) Rechtsschutzbedürfnis 276

b) Begründetheit 276
aa) Grundsatz 276
bb) Ausgeschlossene Einwendungen 277
2. Prüfungsschema für die Klauselgegenklage gemäß § 768 ZPO 277
a) Zulässigkeit 277
aa) Statthaftigkeit 277
bb) Zuständigkeit 277
cc) Rechtsschutzbedürfnis 277
b) Begründetheit 278

F. Rechtsbehelfe des Dritten, gegen den die Klausel umgeschrieben worden ist 278

§ 14 Das Verteilungsverfahren nach §§ 872 ff. ZPO 279

A. Einführung 279
I. Grundlagen 279
II. Fallgestaltungen 279
1. Sachpfändung, §§ 808 ff. ZPO 279
2. Pfändung eines Herausgabeanspruchs, §§ 846 ff. ZPO 279
3. Forderungspfändung, §§ 828 ff. ZPO 280
a) Forderungspfändung mehrerer Zwangsvollstreckungsgläubiger, §§ 872 ff. ZPO 280
b) Forderungspfändung und anderweitige Berechtigung (Abtretung), § 771 ZPO 280
c) Keine Forderungspfändung, § 22 Hinterlegungsgesetz i.V.m. § 812 Abs. 1 S. 1 2. Fall BGB 280

B. Voraussetzungen des Verteilungsverfahrens nach §§ 872 ff. ZPO 281
I. Zwangsvollstreckung in bewegliches Vermögen, § 872 ZPO 281
II. Hinterlegung eines Geldbetrages 281
III. Nicht ausreichender Geldbetrag 281

C. Durchführung des Verteilungsverfahrens nach §§ 872 ff. ZPO 282
I. Zuständigkeit 282
II. Gläubigeraufforderung, § 873 ZPO 282
III. Aufstellung des Teilungsplans, § 874 Abs. 1 ZPO 282
IV. Terminsbestimmung, § 875 ZPO 282
V. Verteilungstermin 283
1. Kein Widerspruch gegen den Teilungsplan 283
2. Widerspruch gegen den Teilungsplan 283
VI. Ausführung des Teilungsplans 283

D. Widerspruchsklage nach §§ 878 ff. ZPO 283
I. Grundlagen 283
II. Prüfungsschema der Widerspruchsklage nach §§ 878 ff. ZPO 284
1. Zulässigkeit 284
a) Statthaftigkeit 284
b) Form 284
c) Frist 284

d) Zuständigkeit 285
aa) Sachliche Zuständigkeit 285
bb) Örtliche Zuständigkeit 285
e) Rechtsschutzbedürfnis 285
aa) Zeitliches Rechtsschutzbedürfnis 285
bb) Sachliches Rechtsschutzbedürfnis 285
2. Begründetheit 286
a) Aktivlegitimation 286
b) Passivlegitimation 286
c) Besseres Recht des Klägers am Erlös 286
aa) Mangelbehaftete Pfändung durch den Beklagten 286
bb) Besserer Rang, § 804 ZPO 287
cc) Mängel der Titelforderung des Beklagten 287
3. Entscheidung des Gerichts 287

Checkliste: Verteilungsverfahren/Widerspruchsklage nach §§ 878 ff. ZPO 288

§ 15 Die Vollstreckung nach §§ 887 ff. ZPO 291

A. Einführung 291
I. Grundlagen 291
II. Voraussetzungen der einzelnen Vollstreckungsarten der §§ 887 ff. ZPO 291
1. Abgrenzung Handlung – Duldung/Unterlassen 291
2. Abgrenzung vertretbare Handlung – unvertretbare Handlung 292
a) Vertretbare Handlung 292
b) Unvertretbare Handlung 293
III. Überblick über die Rechtsfolgen der einzelnen Vollstreckungsmöglichkeiten der §§ 887 ff. ZPO 293
1. Vollstreckung nach § 887 ZPO 293
2. Vollstreckung nach § 888 ZPO 293
3. Vollstreckung nach § 890 ZPO 294

B. Prüfungsschema eines Vollstreckungsantrages nach §§ 887 ff. ZPO 294
I. Zulässigkeit des Vollstreckungsantrages 294
1. Voraussetzungen an die Zwangsvollstreckung im Allgemeinen („Ob" der Zwangsvollstreckung) 294
2. Statthaftigkeit 294
a) Vollstreckungsantrag nach § 887 ZPO 294
b) Vollstreckungsantrag nach § 888 ZPO 294
c) Vollstreckungsantrag nach § 890 ZPO 294
3. Form 294
a) Antrag nach § 887 ZPO 295
b) Antrag nach § 888 ZPO 295
c) Antrag nach § 890 ZPO 295
4. Zuständigkeit 295
II. Begründetheit des Vollstreckungsantrags 296
1. Handlungsvollstreckung nach den §§ 887, 888 ZPO 296
a) Nichterbringung der tenorierten Handlung 296
b) Einwendungsmöglichkeit des Schuldners 296
c) Kein Verschulden erforderlich 296

d) Rechtsfolgen 297
aa) Antrag nach § 887 ZPO 297
aaa) Ersatzvornahme 297
bbb) Vorschusszahlung 297
bb) Antrag nach § 888 ZPO 297
2. Duldungs-/Unterlassungsvollstreckung nach § 890 ZPO 298
a) Feststellung einer Zuwiderhandlung gegen das tenorierte Gebot 298
b) Verschulden 298
c) Androhung 298
d) Rechtsfolge 299

C. Verfahren/Entscheidung 299
I. Rechtliches Gehör des Schuldners 299
II. Entscheidung 299
III. Beispiele möglicher Tenorierungen 300
1. Der Antrag des Gläubigers ist unzulässig oder unbegründet 300
2. Der Antrag des Gläubigers nach § 887 ZPO ist zulässig und begründet 300
3. Der Antrag des Gläubigers nach § 888 ZPO ist zulässig und begründet 300
4. Der Antrag des Gläubigers nach § 890 ZPO ist zulässig und begründet 300
IV. Kosten 300
V. Vorläufige Vollstreckbarkeit 301

Checkliste: Vollstreckung nach §§ 887 ff. ZPO 302

§ 16 Vollstreckung nach § 894 ZPO 306

A. Einführung 306

B. Zeitpunkt der Fiktion 306

C. Rechtsbehelfe 307

D. Materielles Recht 307

§ 17 Schadensersatz- und Bereicherungsansprüche des Dritten 308

A. Einführung 308
I. Problemstellung 308
II. Keine Hilfe durch vollstreckungsrechtliche Klagen 308
III. Ansatzpunkte 308

B. Ansprüche des Dritten gegen den Ersteigerer des Pfandgegenstandes 308
I. Vertragliche Ansprüche 308
II. Dingliche Ansprüche 309
1. § 985 BGB 309
2. § 1007 BGB 309
3. §§ 869, 861 BGB 309
III. Deliktische Ansprüche 309
1. § 823 Abs. 1 BGB 309
2. § 826 BGB 309
IV. Bereicherungsrechtliche Ansprüche 310
1. Leistungskondiktion, § 812 Abs. 1 S. 1 1. Fall BGB 310

2. Eingriffskondiktion, § 812 Abs. 1 S. 1 2. Fall BGB 310
3. § 816 Abs. 1 BGB 310
4. § 816 Abs. 2 BGB 310
V. Geschäftsführung ohne Auftrag 310

C. Ansprüche des Dritten gegen den Vollstreckungsgläubiger 310
I. Vertragliche Ansprüche 310
II. Schadensersatzansprüche aus § 280 Abs. 1 BGB 311
III. Dingliche Ansprüche 311
IV. Deliktische Ansprüche 311
1. § 823 Abs. 1 BGB 311
2. § 826 BGB 312
V. Bereicherungsrechtliche Ansprüche 312
1. Leistungskondiktion, § 812 Abs. 1 S. 1 1. Fall BGB 312
2. Eingriffskondiktion, § 812 Abs. 1 S. 1 2. Fall BGB 312
a) Etwas erlangt 312
b) Durch Eingriff 312
c) Ohne Rechtsgrund 313
d) Rechtsfolge 313
e) Wegfall der Bereicherung, § 818 Abs. 3 BGB 313
3. § 816 Abs. 1 BGB 313
VI. Unberechtigte Eigengeschäftsführung, §§ 687 Abs. 2, 681, 667, 678 BGB 314
1. Fremdes Geschäft 314
2. Führung als eigenes Geschäft 314
3. Ohne Berechtigung 314
4. Kenntnis von der fehlenden Berechtigung 314

D. Ansprüche des Dritten gegen den Vollstreckungsschuldner 314

E. Amtshaftungsansprüche des Dritten gegen den Staat, § 839 BGB i.V.m. Art. 34 GG 315
I. Rechtsgutsverletzung 315
II. Verletzungshandlung 315
III. Kausalität/Rechtswidrigkeit/Verschulden 315
IV. Vorrangige Ersatzmöglichkeit, § 839 Abs. 1 S. 2 BGB 315
V. Schadensabwendung durch Rechtsmittel, § 839 Abs. 3 BGB. 315

§ 18 Grundzüge der Immobiliarvollstreckung 316

A. Einführung 316
I. Grundlagen 316
II. Arten der Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen des Schuldners, §§ 864–871 ZPO 316
III. Klausurrelevanz 316

B. Prüfungsschema Zwangshypothek 317
I. Voraussetzungen an die Zwangsvollstreckung im Allgemeinen („Ob" der Zwangsvollstreckung) 317
1. Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen 317
a) Vollstreckungsantrag des Gläubigers 317

b) Zuständigkeit 317
c) Rechtsschutzbedürfnis 318
2. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen 318
a) Titel (Geldtitel) 318
b) Klausel/Zustellung 318
3. Besondere Vollstreckungsvoraussetzungen/Keine Vollstreckungshindernisse 318
II. Ordnungsgemäße Durchführung der Zwangsvollstreckung („Wie" der Zwangsvollstreckung) 318
III. Rechtsfolgen 319

C. Prüfungsschema der Zwangsversteigerung gemäß §§ 15 ff. ZVG 319
I. Voraussetzungen an die Zwangsvollstreckung im Allgemeinen („Ob" der Zwangsvollstreckung) 319
1. Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen 319
a) Vollstreckungsantrag 319
b) Zuständigkeit 320
c) Rechtsschutzbedürfnis 320
2. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen 320
a) Titel 320
b) Klausel/Zustellung 320
3. Besondere Vollstreckungsvoraussetzungen/Keine Vollstreckungshindernisse 320
II. Ordnungsgemäße Durchführung der Zwangsvollstreckung („Wie" der Zwangsvollstreckung) 321
1. Anordnung der Zwangsversteigerung 321
a) Grundsatz der Voreintragung 321
b) Anordnung der Zwangsversteigerung durch Beschluss 321
c) Zustellung an den Schuldner und Eintragung des Versteigerungsvermerkes 321
d) Rechtsfolgen der Anordnung 321
aa) Beschlagnahme des Grundstücks 321
bb) Befriedigungsrecht 322
cc) Beitrittsmöglichkeit 322
2. Verwertung: Versteigerung/Zuschlagsverfahren 322
a) Keine Aufhebung oder Einstellung des Verfahrens 322
b) Anberaumung des Versteigerungstermins 323
c) Durchführung des Versteigerungstermins 323
aa) Aufruf der Sache und Bekanntmachung 323
bb) Berücksichtigung der einzelnen Gebote 324
aaa) Unterscheidung der einzelnen Gebote 324
bbb) Berücksichtigung des geringsten Gebots 324
ccc) Berücksichtigung des Mindestgebots 325
cc) Kein Versagungsgrund 325
d) Zuschlag 325
aa) Anordnung des Zuschlags 325
bb) Rechtsfolgen des Zuschlags 326
aaa) Eigentumserwerb 326
bbb) Vollstreckungstitel 326

ccc) Erlöschen aller Rechte am Grundstück 326
e) Verteilung des Erlöses 327

D. Prüfungsschema der Zwangsverwaltung gemäß §§ 146 ff. ZVG 327
I. Voraussetzungen an die Zwangsvollstreckung im Allgemeinen („Ob" der Zwangsvollstreckung) 327
1. Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen 327
a) Vollstreckungsantrag 327
b) Zuständigkeit 328
c) Rechtsschutzbedürfnis 328
2. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen 328
a) Geldtitel 328
b) Klausel/Zustellung 328
3. Besondere Vollstreckungsvoraussetzungen/Keine Vollstreckungshindernisse 328
II. Ordnungsgemäße Durchführung der Zwangsvollstreckung („Wie" der Zwangsvollstreckung) 328
1. Anordnung der Zwangsverwaltung 328
a) Grundsatz der Voreintragung 328
aa) Schuldner ist Grundstückeigentümer oder Erbe 329
bb) Im Grundbuch eingetragener Anspruch 329
b) Anordnung der Zwangsverwaltung durch Beschluss 329
c) Zustellung an den Schuldner und Eintragung des Zwangsverwaltungsvermerkes 329
d) Rechtsfolgen der Anordnung 329
aa) Beschlagnahme des Grundstücks 329
bb) Übergang der Verwaltungs- und Verwertungsbefugnis 330
2. Verwertung: Verteilung der Nutzungen 330
a) Keine Aufhebung der Zwangsverwaltung 330
b) Verteilung 331

E. Rechtsbehelfe 331
I. Zwangshypothek 331
II. Zwangsversteigerung/Zwangsverwaltung 331

§ 19 Grundzüge des Insolvenzverfahrens 332

A. Einführung 332
I. Grundlagen 332
II. Denkbare Fallkonstellationen 332
1. Insolvenzanfechtungsklage gegen einen Dritten auf Rückgewähr des Erlangten 332
2. Anfechtungsklage gegen einen Dritten auf Wertersatz 333
3. Drittwiderspruchsklage des Insolvenzverwalters nach § 771 ZPO unter Berufung auf ein Anfechtungsrecht aus den §§ 129 ff. InsO 334
4. Klage eines Dritten gegen den Insolvenzverwalter auf Feststellung eines Anspruches zur Insolvenztabelle 334
5. Klage eines Dritten gegen den Insolvenzverwalter auf Erfüllung 335
6. Klage eines Dritten gegen den Insolvenzverwalter auf Absonderung oder Aussonderung 335

B. Grundbegriffe/Ablauf des Insolvenzverfahrens 336
I. Zulässigkeit des Insolvenzantrages 336
1. Antrag 336
2. Antragsberechtigung 336
a) Insolvenzantrag des Schuldners 336
b) Insolvenzantrag des Gläubigers 337
3. Zuständiges Gericht 337
4. Insolvenzfähigkeit des Schuldners 337
5. Angabe eines Eröffnungsgrundes 337
a) Zahlungsunfähigkeit, § 17 InsO 338
b) Drohende Zahlungsunfähigkeit, § 18 InsO 338
c) Überschuldung, § 19 InsO 339
6. Anhörung des Schuldners 339
II. Begründetheit des Insolvenzantrages 339
III. Entscheidung des Insolvenzgerichts über Eröffnung. 339
IV. Eröffnungsbeschluss 340
V. Wirkungen der Eröffnung des Insolvenzverfahrens 340
1. Beschlagnahme 340
2. Rechtsstellung des eingesetzten Insolvenzverwalters 341
3. Rechtsstellung des Insolvenzschuldners 341
4. Rechtsstellung der Insolvenzgläubiger 341
5. Abwicklung laufender Geschäfte 341
6. Leistungen an den Schuldner 342
7. Prozessuale Folgen 342
a) § 240 ZPO 342
b) §§ 88, 89 InsO 343
c) Insolvenztabelle 343

C. Insolvenzanfechtung, §§ 129 ff. InsO 343
I. Grundlagen 343
II. Prüfungsschema für die Insolvenzanfechtung nach §§ 129 ff. InsO 344
1. Rechtshandlung 344
2. Gläubigerbenachteiligung 344
3. Zurechnungszusammenhang von Rechtshandlung und Gläubigerbenachteiligung 345
4. Anfechtungsgrund 345
a) § 130 InsO 345
aa) Kongruente Deckung 345
bb) § 130 Abs. 1 Nr. 1 InsO 345
cc) § 130 Abs. 1 Nr. 2 InsO 346
dd) Beweiserleichterung nach § 130 Abs. 2 InsO 346
ee) Beweislastumkehr nach § 130 Abs. 3 InsO 346
b) § 131 InsO 346
aa) Inkongruente Deckung 346
bb) § 131 Abs. 1 Nr. 1 InsO 347
cc) § 131 Abs. 1 Nr. 2 InsO 347
dd) § 131 Abs. 1 Nr. 3 InsO 348
ee) Beweislast 348

c) § 132 InsO 348
aa) Unmittelbar nachteilige Rechtshandlung 348
bb) § 132 Abs. 1 Nr. 1 InsO 349
cc) § 132 Abs. 1 Nr. 2 InsO 349
dd) Beweislast 349
d) §§ 133, 134 InsO 349
5. Keine Verjährung 349
6. Ausübung des Anfechtungsrechts 350
7. Rechtsfolge 350

Checkliste: Insolvenzverfahren 351

§ 18 Grundzüge der Immobiliarvollstreckung
ist im Internet abrufbar unter www.ZV-Extra.nomos.de

§ 19 Grundzüge des Insolvenzverfahrens
ist im Internet abrufbar unter www.ZV-Extra.nomos.de

§ 20 Einstweiliger Rechtsschutz 357

A. Einführung 357
I. Zweck 357
II. Streitgegenstand 357
III. Rechtsnatur 358
IV. Abgrenzung der beiden Verfahrensarten 358
1. Arrest, §§ 916 ff. ZPO 359
2. Einstweilige Verfügung, §§ 935 ff. ZPO 359

B. Arrest 359
I. Zweck bzw. Zielrichtung 359
II. Prüfungsschema des Arrestes gemäß §§ 916 ff. ZPO 360
1. Zulässigkeit 360
a) Statthaftigkeit, § 916 ZPO 360
b) Form 360
c) Postulationsfähigkeit 360
d) Zulässigkeit des Rechtswegs in der Hauptsache 361
e) Zuständigkeit, § 919 ZPO 361
aa) Gericht der Hauptsache, §§ 919 1. Fall, 943, 802 ZPO 361
bb) Amtsgericht der belegenen Sache, §§ 919 2. Fall, 942, 802 ZPO 361
f) Arrestgrund 362
g) Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen 362
2. Begründetheit 362
a) Arrestanspruch, § 916 Abs. 1 ZPO 362
aa) Geldforderung 363
bb) Anspruch, der in eine Geldforderung übergehen kann 363
b) Arrestgrund 364
aa) Dinglicher Arrest, § 917 Abs. 1 ZPO 364
bb) Persönlicher Arrest, § 918 Abs. 1 ZPO 365
c) Glaubhaftmachung des Arrestanspruchs und des Arrestgrundes, §§ 920 Abs. 2, 294 ZPO 365

III. Verfahrensbesonderheiten 367
1. Rechtshängigkeit 367
2. Mündliche Verhandlung 367
3. Darlegungs- und Beweislast (bzw. Glaubhaftmachungslast) 367
a) Keine mündliche Verhandlung 367
b) Mündliche Verhandlung 367
4. Zustellung 367
5. Rechtskraft 368
6. Schadensersatzanspruch, § 945 ZPO 368
IV. Entscheidung des Gerichts 368
1. Entscheidungsform 368
2. Rubrum 368
3. Tenor 369
a) Hauptsache 369
aa) Unzulässigkeit oder Unbegründetheit 369
bb) Der Antrag ist zulässig und begründet 369
b) Kosten 369
c) Vorläufige Vollstreckbarkeit 369
aa) Beschlüsse 369
bb) Urteile 369
d) Sicherheitsleistung, § 921 ZPO 370
4. Tatbestand 370
5. Entscheidungsgründe 370
6. Streitwert 370
V. Rechtsbehelfe 370
1. Urteil 370
2. Beschluss 370
a) Zurückweisender Beschluss 370
b) Stattgebender Beschluss: Widerspruch gem. § 924 ZPO 370
aa) Zulässigkeit 371
aaa) Statthaftigkeit 371
bbb) Form 371
ccc) Frist 371
ddd) Zuständigkeit 371
bb) Sachliche Prüfung des Widerspruchs 371
cc) Entscheidung des Gerichts, § 925 ZPO 372
aaa) Unzulässiger Widerspruch 372
bbb) Erfolgloser Widerspruch 372
ccc) Erfolgreicher Widerspruch 372
c) Prozessuale Besonderheiten 373
aa) Rubrum 373
bb) Tatbestand 373
3. Aufhebungsverfahren (gilt sowohl für Urteile als auch für Beschlüsse) 374
a) Aufhebungsverfahren wegen unterbliebener Klage zur Hauptsache, § 926 ZPO 374
b) Aufhebungsverfahren wegen veränderter Umstände, § 927 Abs. 1 ZPO 374

VI. Vollziehung 375
1. Allgemeine Voraussetzungen („Ob“) der Zwangsvollstreckung 375
a) Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen 375
b) Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen 375
aa) Titel 375
bb) Klausel 375
cc) Zustellung, § 929 Abs. 3 S. 1 ZPO 375
c) Besondere Zwangsvollstreckungsvoraussetzungen 375
d) Keine Vollstreckungshindernisse 376
aa) Verfristete Vollziehung, § 929 Abs. 2 ZPO 376
bb) § 929 Abs. 3 S. 2 ZPO 376
2. Ordnungsgemäße Durchführung („Wie“) der Zwangsvollstreckung 377
a) Dinglicher Arrest, § 930 ZPO, § 932 ZPO 377
b) Persönlicher Arrest, § 933 ZPO 378

C. Einstweilige Verfügung 378
I. Einführung 378
II. Arten der einstweiligen Verfügung 378
1. Sicherungsverfügung, § 935 ZPO 378
2. Regelungsverfügung, § 940 ZPO 378
3. Leistungsverfügung, §§ 935, 940 ZPO analog 379
4. Abgrenzung der unterschiedlichen Ausprägungen der einstweiligen Verfügung 379
III. Prüfungsschema der Einstweiligen Verfügung gemäß §§ 935 ff. ZPO 379
1. Zulässigkeit 379
a) Statthaftigkeit 379
b) Form 380
c) Postulationsfähigkeit 380
d) Zulässigkeit des Rechtswegs in der Hauptsache 380
e) Zuständigkeit 380
aa) Grundsatz, § 937 Abs. 1 ZPO 380
bb) Ausnahme, § 942 ZPO 380
cc) Besonderheit: Gerichtsstandsvereinbarungen 381
f) Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen im Übrigen 381
g) Rechtsschutzbedürfnis 381
2. Begründetheit 381
a) Verfügungsanspruch 381
aa) Sicherungsverfügung 381
bb) Regelungsverfügung 382
cc) Leistungsverfügung 382
b) Verfügungsgrund 383
aa) Sicherungsverfügung 383
bb) Regelungsverfügung 383
cc) Leistungsverfügung 383
dd) Kein Rechtsschutz im ordentlichen Erkenntnisverfahren möglich 385
ee) Gesetzliche Erleichterungen 385
ff) Selbstwiderlegung 386
c) Glaubhaftmachung 386

IV. Entscheidung des Gerichts 386
1. Entscheidungsform 386
2. Tenor 386
a) Hauptsache 386
aa) Der Antrag ist unzulässig oder unbegründet 386
bb) Der Antrag ist zulässig und begründet 386
aaa) Sicherungsverfügung 387
bbb) Regelungsverfügung 387
ccc) Leistungsverfügung 387
b) Kosten 387
c) Vorläufige Vollstreckbarkeit 387
d) Weitere Anordnungen 387
3. Umfang der Entscheidung des Gerichts 387
4. Streitwert 388
5. Unterschiede im Vergleich zum Arrestverfahren in Bezug auf die Bezeichnungen 388
V. Rechtsbehelfe 388
1. Urteile 388
2. Beschlüsse 388
a) Zurückweisende Beschlüsse 388
b) Stattgebende Beschlüsse: Widerspruch gem. § 924 ZPO 389
3. Aufhebungsverfahren 389
4. Rechtfertigungsverfahren, § 942 Abs. 3 ZPO 389
VI. Vollziehung 389

D. Aufbau eines Urteils (Erlass) 389

E. Aufbau eines Beschlusses 391

F. Aufbau eines Urteils (Entscheidung auf Widerspruch) 392

Checkliste: Einstweiliger Rechtsschutz 393

Literaturverzeichnis 399

Stichwortverzeichnis 401

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
a.E.	am Ende
AG	Amtsgericht
Allg. M.	Allgemeine Meinung
AnfG	Anfechtungsgesetz
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BauR	Baurecht (Zeitschrift)
Bd.	Band
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
Bl.	Blatt
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieher Zeitung
d.h.	das heißt
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
etc.	et cetera
evtl.	eventuell
f.	folgend
ff.	fortfolgend
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FK	Frankfurter Kommentar
Fn.	Fußnote
GBO	Grundbuchordnung
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GE	Das Grundeigentum (Zeitschrift)
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GKG	Gerichtskostengesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
grds.	grundsätzlich
GuT	Gewerbemiete und Teileigentum (Zeitschrift)
GV	Gerichtsvollzieher
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVGA	Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher
HGB	Handelsgesetzbuch

Hk	Handkommentar
HK	Heidelberger Kommentar
h.M.	herrschende Meinung
HS.	Halbsatz
i.d.R.	in der Regel
i.H.v.	in Höhe von
InsO	Insolvenzordnung
InVo	Insolvenz und Vollstreckung (Zeitschrift)
i.S.d.	im Sinne des/der
i.V.m.	in Verbindung mit
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
KG	Kammergericht (Berlin); Kommanditgesellschaft
LG	Landgericht
LPartG	Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft
MaBV	Makler- und Bauträgerverordnung
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
M.M.	Mindermeinung
MüKo	Münchener Kommentar
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
OLG	Oberlandesgericht
OLGR	OLG-Report (Zeitschrift)
PfÜB	Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
PKH	Prozesskostenhilfe
Rn.	Randnummer
RPflG	Rechtspflegergesetz
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
S.	siehe; Seite
s.o.	siehe oben
s.u.	siehe unten
sog.	sogenannt
u.a.	unter anderem
u.U.	unter Umständen
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
vgl.	vergleiche
Vorbem	Vorbemerkung
VV	Vergütungsverzeichnis
WM	Zeitschrift für Wirtschaft und Bankrecht
z.B.	zum Beispiel
Ziff.	Ziffer
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZV	Zwangsvollstreckung
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung

§ 1 Einführung in das Zwangsvollstreckungsrecht

A. Grundlagen des Zwangsvollstreckungsrechts

I. Definition

Die Zwangsvollstreckung ist das **staatliche Verfahren** zur (zwangsweisen) Durchsetzung oder Sicherung privater Ansprüche mit Hilfe staatlicher Machtmittel.[1] 1

Nach der Rechtsordnung ist es auch bei einem titulierten Anspruch dem Titelinhaber nicht gestattet, sein verbrieftes Recht im Wege der Selbstjustiz durchzusetzen. Daher hat der Gläubiger gegenüber dem Staat einen **Anspruch**, gegen den Schuldner mit Hilfe staatlicher Mittel vollstrecken zu können.[2] Dieser Anspruch auf Vollstreckung ist Teil des grundrechtlich verbrieften Justizgewährungsanspruchs.[3]

Lerntipp: Zweck der Zwangsvollstreckung ist die **Befriedigung** des titulierten Anspruchs des Gläubigers.[4] Es soll ein Ausgleich zwischen dem Anspruch des Gläubigers auf effektive Durchsetzung seines titulierten Anspruchs und den schuldnerschützenden Rechten gefunden werden.

II. Abgrenzung zum Erkenntnisverfahren

Das Erkenntnisverfahren ist dem Vollstreckungsverfahren zeitlich vorgelagert. Es dient zur Erlangung eines **Vollstreckungstitels**, der sodann – sofern erforderlich – im Vollstreckungsverfahren vollstreckt werden kann (ausnahmsweise kann ein Titel auch außergerichtlich geschaffen werden).[5] 2

Die Grundsätze des Erkenntnisverfahrens gelten auch im Vollstreckungsverfahren entsprechend, allerdings modifiziert durch etliche Sondervorschriften.[6]

III. Abgrenzung zum Insolvenzverfahren

Im Zwangsvollstreckungsverfahren geht es um die **Einzelvollstreckung**. Hier hält jeder Titelinhaber „die Fäden selbst in der Hand". Es gilt das Prioritätsprinzip (vgl. § 804 Abs. 3 ZPO). Ist das Insolvenzverfahren über das Vermögen eröffnet, findet dagegen keine Einzelvollstreckung mehr statt, sondern die **Gesamtvollstreckung** (vgl. § 89 InsO). Grundsätzlich soll das Insolvenzverfahren zu einer gleichmäßigen Gläubigerbefriedigung führen.[7] 3

1 Baumbach/Hartmann-Schmidt, Vor § 704, Rn. 1; HkZPO-Kindl, Vor § 704–945, Rn. 1; Thomas/Putzo-Seiler, § 704 Vorbem, Rn. 1; Breiler, S. 1; Brox/Walker, Rn. 1; Heiderhoff/Skamel, Rn. 2; Lackmann, Rn. 1.
2 HkZPO-Kindl, Vor § 704–945, Rn. 2; Brox/Walker, Rn. 1.
3 HkZPO-Kindl, Vor § 704–945, Rn. 2; Heiderhoff/Skamel, Rn. 3.
4 Musielak/Voit-Lackmann, Vorbemerkung § 704, Rn. 1.
5 Dazu: Rn. 30 ff.
6 Lackmann, Rn. 2.
7 Brox/Walker, Rn. 6; Lackmann, Rn. 6.

IV. Verfahrensbesonderheiten[8]

4 Im Rahmen des Vollstreckungsverfahrens gelten die folgenden Verfahrensbesonderheiten:

1. Parteiverfahren

Beim Zwangsvollstreckungsrecht handelt sich es grundsätzlich um ein **Parteiverfahren**. Die Zwangsvollstreckung erfolgt auf Parteiantrag des Gläubigers (vgl. § 754 ZPO), der jederzeit rücknehmbar ist. Außerdem können die Parteien in der Zwangsvollstreckung sogenannte Vollstreckungsvereinbarungen treffen. Parteien im Rahmen der zwangsvollstreckungsrechtlichen Rechtsbehelfe sind dementsprechend auch der Gläubiger und der Schuldner – und nicht der Staat bzw. die Vollstreckungsorgane.

Zugleich ist das Zwangsvollstreckungsverfahren als öffentlich-rechtlich zu qualifizieren. Die Vollstreckung gegen den Schuldner erfolgt durch eine **hoheitliche Maßnahme** (vgl. § 753 ZPO). Als Ausfluss des Justizgewährungsanspruchs hat der Gläubiger einen Anspruch gegen den Staat, dass dieser gegen den Schuldner zwecks Durchsetzung des titulierten Anspruchs mit Hilfe staatlicher Machtmittel vorgeht. In § 754 ZPO ist zwar die Rede von einem „Auftrag". Dies rührt aber von dem zum Zeitpunkt des Erlasses der ZPO vorherrschenden und inzwischen überholten Verständnis her, dass die Zwangsvollstreckungsorgane für den Gläubiger auf privatrechtlicher Basis tätig werden.[9]

Trotz der Beteiligung der staatlichen Vollstreckungsorgane bleibt das Vollstreckungsverfahren jedoch ein Parteiverfahren zwischen Gläubiger und Schuldner. Daher ist bei Anträgen von Gläubiger und Schuldner grundsätzlich der **Beibringungsgrundsatz** zu beachten, der jedoch aufgrund der hoheitlichen Ausgestaltung des Vollstreckungsverfahrens dahingehend modifiziert wird, dass ein sogenannter **eingeschränkter Amtsermittlungsgrundsatz** gilt.[10] Insbesondere sind die Parteien den Vollstreckungsorganen nicht dergestalt weisungsbefugt, dass gesetzliche Voraussetzungen für die Zwangsvollstreckung umgangen werden können, z.B. können die Parteien die zwingenden Schuldnerschutzvorschriften nicht durch Vereinbarungen umgehen.[11] Dem Gläubiger ist es nur gestattet, die gesetzlich vorgegebenen Vollstreckungsmöglichkeiten auszuschöpfen.[12] Abseits dieser Möglichkeiten kann der Gläubiger dem jeweiligen Vollstreckungsorgan weder Aufträge noch Weisungen erteilen.

Beachte: Was nach dem Gesetz pfändungsfrei ist, kann durch eine Parteivereinbarung nicht pfändbar werden.

Außerhalb der Zwangsvollstreckungsverfahrens gelten die Schuldnerschutzvorschriften jedoch nicht. Beispielsweise kann der Schuldner seinen nach § 811 Abs. 1 Nr. 1 ZPO unpfändbaren Kühlschrank außerhalb des Zwangsvollstreckungsverfahrens an den Gläubiger gem. § 433 BGB verkaufen und übereignen.[13]

8 Vgl. dazu: Thomas/Putzo-Seiler, § 704 Vorbem, Rn. 30 ff.
9 Musielak/Voit-Lackmann, § 753, Rn. 1.
10 Breiler, S. 12.
11 Lackmann, Rn. 4.
12 Lackmann, Rn. 4.
13 Musielak/Voit-Flockenhaus, § 811, Rn. 8.

2. Starke Formalisierung

Das Verfahren in der Zwangsvollstreckung ist grundsätzlich stark **formalisiert**. Abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen (z.B. evidentes Dritteigentum bei der Sachpfändung,[14] Erfüllungseinwand bei der Vollstreckung nach §§ 887 ff. ZPO[15]) findet eine Überprüfung der materiell-rechtlichen Rechtslage durch die Vollstreckungsorgane nicht statt. Grundsätzlich prüft das zuständige Vollstreckungsorgan nur bestimmte Umstände, die Voraussetzung der jeweiligen Vollstreckung sind, das heißt aus Sicht des handelnden Vollstreckungsorgans sind bei der jeweiligen Vollstreckungsmaßnahme die Art und Weise der Vollstreckung sowie das Objekt, in das vollstreckt werden soll, durch formale Voraussetzungen bestimmt. Diese Voraussetzungen sind dann „abzuarbeiten", grundsätzlich, ohne dass eine materiell-rechtliche Prüfung erfolgt. Diese erfolgt lediglich im Rahmen der zwangsvollstreckungsrechtlichen Rechtsbehelfe. 5

3. Umfang

Grundsätzlich kann der Gläubiger in das **gesamte Vermögen** des Schuldners vollstrecken, es sei denn, es greifen Schuldnerschutzvorschriften ein (z.B. §§ 811 ff. ZPO, § 850 ZPO).[16] 6

Beachte: Es besteht die Besonderheit, dass im Rahmen der Sachpfändung durch den Gerichtsvollzieher keine Prüfung des Eigentums, sondern nur die Prüfung des **Gewahrsams** erfolgt, §§ 808, 809 ZPO.[17]

V. Die Vollstreckungsorgane

1. Gerichtsvollzieher, § 753 Abs. 1 ZPO

Grundsätzlich ist der **Gerichtsvollzieher** gemäß § 753 Abs. 1 ZPO für die Zwangsvollstreckungsmaßnahmen zuständig, soweit diese nicht den Gerichten zugewiesen sind. Der Gerichtsvollzieher soll nach der mit Wirkung vom 01.01.2013 in Kraft getretenen Gesetzänderung (Reform der Sachaufklärung) als sog. Informationsmanager fungieren, bei dem sämtliche Informationen, die für die Zwangsvollstreckung relevant sind, zusammenlaufen. Der Gerichtsvollzieher ist damit für folgende Zwangsvollstreckungsmaßnahmen zuständig: 7

- Versuch einer gütlichen Erledigung der Sache, § 802 a Abs. 2 S. 1 Nr. 4 i.V.m. § 802 b ZPO;
- Einholung einer Vermögensauskunft des Schuldners, § 802 a Abs. 2 S. 1 Nr. 2 i.V.m. § 802 c ZPO;
  Beachte: Die Vermögensauskunft entspricht im Wesentlichen der eidesstattlichen Versicherung nach altem Recht. Sie ist eine selbstständige Vollstreckungsmaßnahme und setzt keinen erfolglosen Vollstreckungsversuch voraus.[18] Der Rechtsbehelf des Schuldners gegen die Verpflichtung zur Abgabe der Vermögensauskunft ist nach den allgemeinen Regeln die Erinnerung nach § 766 Abs. 1 ZPO.[19] Der besondere Rechtsbehelf des § 900 Abs. 4 S. 1 ZPO a.F. existiert nicht mehr.

14 Dazu unten: Rn. 77 und 80.
15 Dazu unten: Rn. 538.
16 HkZPO-Kindl, Vor §§ 704–945, Rn. 18.
17 Dazu unten: Rn. 77 ff.
18 Vollkommer, NJW 2012, 3681, 3684.
19 Vollkommer, NJW 2012, 3681, 3685.

- Einholung von Auskünften Dritter über das Vermögen des Schuldners, § 802 a Abs. 2 S. 1 Nr. 3 i.V.m. § 802 l ZPO;
- Pfändung von beweglichen Sachen, § 802 a Abs. 2 S. 1 Nr. 4 i.V.m. § 808 ff. ZPO;
- Versteigerung, § 802 a Abs. 2 S. 1 Nr. 4 i.V.m. § 814 ff. ZPO;
- Durchführung einer Vorpfändung, § 802 a Abs. 2 S. 1 Nr. 5 i.V.m. § 845 ZPO;
- Herausgabe von beweglichen Sachen, § 883 ZPO;
- Herausgabe von Grundstücken (und Schiffen), § 885 ZPO.
  Beachte: Der Gerichtsvollzieher ist nur für die Herausgabe von Grundstücken, nicht aber für die Zwangsvollstreckung in unbewegliche Sachen (§§ 864 ff. i.V.m. ZVG) zuständig.

Die Aufgaben und Befugnisse des Gerichtsvollziehers sind in der Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher (GVGA)[20] geregelt. Die **GVGA** ist eine reine Innenanweisung (**Verwaltungsvorschrift**) an den Gerichtsvollzieher, auf welche Art und Weise dieser die einzelnen Geschäfte durchführen soll.[21] Für das Außenverhältnis (Gerichtsvollzieher – Gläubiger/Schuldner/Dritter) ist sie ohne Belang; insoweit sind allein die Regelungen der ZPO maßgeblich.[22]

Beachte: Um die Rechtmäßigkeit der Handlung des Gerichtsvollziehers zu überprüfen, ist also nicht zu prüfen, ob er sich an die GVGA gehalten hat, sondern ob seine Vollstreckungshandlung im Einklang mit den entsprechenden Voraussetzungen nach der ZPO steht. Verstöße des Gerichtsvollziehers gegen die GVGA können folglich nicht mit den Rechtsbehelfen des 8. Buchs der ZPO, sondern allenfalls im Wege der Dienstaufsichtsbeschwerde gerügt werden.[23]

2. Vollstreckungsgericht

8 Die Zuständigkeit des **Vollstreckungsgerichts** richtet sich nach folgenden Vorschriften:

a) Sachliche Zuständigkeit

Sachlich zuständig ist das Amtsgericht, §§ 764 Abs. 1, 802 ZPO.

Beachte: Die sachliche Zuständigkeit des **Amtsgerichts** als Vollstreckungsgericht ist streitwertunabhängig. Die §§ 23, 71 GVG spielen insoweit keine Rolle.

b) Örtliche Zuständigkeit

Örtlich zuständig ist das Amtsgericht, in dessen **Bezirk** die Zwangsvollstreckungsmaßnahme stattfinden soll oder stattgefunden hat, §§ 764 Abs. 2, 802 ZPO.

c) Funktionelle Zuständigkeit

Innerhalb des Vollstreckungsgerichts ist grundsätzlich der **Rechtspfleger** zuständig, §§ 3 Nr. 3 a), 20 Nr. 17 S. 1 RPflG. Dem Richter bleibt jedoch die Entscheidung über die Vollstreckungserinnerung nach § 766 ZPO vorbehalten, § 20 Nr. 17 S. 2 RPflG.

20 Abgedruckt im Ergänzungsband zum Schönfelder, Deutsche Gesetze.
21 Lippross/Bittmann, Rn. 23.
22 Lackmann, Rn. 11.
23 Musielak/Voit-Lackmann, § 766, Rn. 22.

Beachte: Der Richter kann Geschäfte des Rechtspflegers wahrnehmen, ohne dass deren Wirksamkeit berührt wird, § 8 Abs. 1 RPflG. Umgekehrt gilt dies nicht, § 8 Abs. 4 RPflG.

Lerntipp: § 20 Nr. 17 RPflG und § 8 RPflG lesen!

d) Ausschließliche Zuständigkeit nach § 802 ZPO

Beachte: Bei allen Gerichtsständen des 8. Buchs der ZPO handelt es sich um **ausschließliche Zuständigkeiten**.

Klausurtipp: Bei der Nennung einer Zuständigkeitsnorm aus dem 8. Buch der ZPO immer an § 802 ZPO denken. Wenn Sie im Rahmen der Klausur die Zuständigkeitsnorm nennen, z.B. § 767 Abs. 1 ZPO bei der Vollstreckungsgegenklage, vergessen Sie nicht, in der Normkette auch § 802 ZPO aufzuführen.

e) Doppelfunktion des Vollstreckungsgerichts

Das Vollstreckungsgericht wird einerseits als **handelndes Vollstreckungsorgan** tätig, z.B. für die Zwangsvollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte gemäß §§ 828 ff., 857 ff. ZPO, die Zwangsvollstreckung in unbewegliches Vermögen nach dem ZVG und das Verteilungsverfahren gemäß §§ 872 ff. ZPO.

Andererseits ist es als überprüfendes Gericht zuständig für **Vollstreckungserinnerungen** nach § 766 ZPO gegen Maßnahmen anderer Vollstreckungsorgane.

3. Prozessgericht des ersten Rechtszugs

Das **Prozessgerichts des ersten Rechtszuges** ist insbesondere zuständig für die Vollstreckung von Handlungen (§§ 887, 888, 802 ZPO) sowie Duldungen und Unterlassungen (§§ 890, 802 ZPO).[24] 9

4. Grundbuchamt

Das **Grundbuchamt** ist zuständig für die Eintragung einer Zwangshypothek (§§ 867, 932 ZPO). 10

Beachte: Das Grundbuchamt ist aber nicht zuständig für die Eintragung der Zwangsverwaltung und Zwangsversteigerung; dies fällt in die Zuständigkeit des Vollstreckungsgerichts, § 1 ZVG.

Auch das Grundbuchamt hat eine **Doppelfunktion**. Neben der Zuständigkeit für bestimmte Zwangsvollstreckungsmaßnahmen ist es auch für Maßnahmen der freiwilligen Gerichtsbarkeit zuständig, z.B. als Organ der Grundbuchführung (GBO).

VI. Weitere Beteiligte in der Zwangsvollstreckung

1. (Vollstreckungs-)Gläubiger

Der (Vollstreckungs-)**Gläubiger** ist derjenige, der im Vollstreckungstitel als Gläubiger genannt ist und daher die Vollstreckung aus dem Titel betreiben kann. 11

24 HkZPO-Kindl, Vor §§ 704–945, Rn. 12; Brox/Walker, Rn. 15.

2. (Vollstreckungs-)Schuldner

Der (Vollstreckungs-)**Schuldner** ist derjenige, der im Vollstreckungstitel als Schuldner genannt ist und gegen den daher die Vollstreckung betrieben werden kann.

3. Dritter

Dritter ist derjenige, der weder Gläubiger noch Schuldner ist, der aber in dem Vollstreckungsverfahren in seiner Rechtsstellung betroffen sein kann.

VII. Art und Weise der Zwangsvollstreckung

12 Auf welche Art und Weise die Zwangsvollstreckung betrieben werden kann, hängt davon ab, welchen **Inhalt** der **Vollstreckungstitel** hat (wegen was wird vollstreckt?) und **welche Vermögensgegenstände** des Schuldners von der Vollstreckung betroffen sein sollen (in was wird vollstreckt?).

Dies kann anhand des Aufbaus des 8. Buchs der ZPO nachvollzogen werden.

Lerntipp: Schauen Sie sich in der Inhaltsübersicht die Gliederung und den Aufbau des 8. Buchs der ZPO an.

In Abschnitt 1 sind die allgemeinen Vorschriften geregelt, die für alle Ausprägungen der Zwangsvollstreckung gelten.

In Abschnitt 2 wird unterschieden zwischen dem Inhalt des zugrundeliegenden Titels und der Zielrichtung der Vollstreckung.

Lerntipp: Um sich den Aufbau des 8. Buchs der ZPO zu vergegenwärtigen, können Sie sich folgende beiden Fragen stellen:

- Welche **Forderung** hat der **Gläubiger** aus dem Titel gegen den Schuldner?
- In welche **Vermögensgegenstände** des **Schuldners** möchte bzw. kann der Gläubiger (wie) vollstrecken?

Es gibt vier unterschiedliche Ausprägungen von Titeln:

- Titel, die auf **Zahlung** gerichtet sind (8. Buch, Abschnitt 2, §§ 803–882 a ZPO);
- Titel, die auf **Herausgabe** und Leistung von Sachen gerichtet sind (8. Buch, Abschnitt 3, §§ 883–886 ZPO);
- Titel, die auf die Vornahme, Duldung oder Unterlassung von **Handlungen** gerichtet sind (8. Buch, Abschnitt 3, §§ 887–893 ZPO);
- Titel, die die Abgabe einer **Willenserklärung** fingieren (8. Buch, Abschnitt 3, §§ 894–898 ZPO).

1. Vollstreckung aufgrund einer Geldforderung (Zahlungstitel), §§ 803–882 a ZPO

13 Der Hauptfall in der Praxis ist die Vollstreckung aufgrund eines Titels, der die Leistung einer **Geldsumme** zum Inhalt hat.

Beispiel: Der Tenor eines Zahlungstitels lautet: „Der Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 8.000,00 EUR nebst Zinsen i.H.v. fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit dem 23.7.2010 zu zahlen."

Die Vollstreckung aus diesem Zahlungstitel kann zwei Zielrichtungen haben:

- Vollstreckung in das bewegliche Vermögen des Schuldners (8. Buch, Abschnitt 2, Titel 1: §§ 803–863 ZPO);
- Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen des Schuldners (8. Buch, Abschnitt 2, Titel 2: §§ 865–871 ZPO).

a) Vollstreckung in das bewegliche Vermögen des Schuldners, §§ 803–863 ZPO

Die Vollstreckung in das **bewegliche Vermögen** des Schuldners kann in zwei Bereiche unterteilt werden: 14

- Pfändung von **körperlichen Sachen** (8. Buch, Abschnitt 2, Untertitel 2: §§ 808–827 ZPO). Zuständig ist der Gerichtsvollzieher, § 808 ZPO.
- **Forderungspfändung** (8. Buch, Abschnitt 2, Untertitel 3: §§ 828–863 ZPO). Sachlich zuständig ist das Vollstreckungsgericht, § 828 ZPO. Funktionell zuständig ist der Rechtspfleger, § 20 Nr. 16 RPflG.

Die Vorschriften des 8. Buchs, Abschnitt 2, Untertitel 1 (§§ 803–807 ZPO) enthalten allgemeine Vorschriften, die sowohl für die Sachpfändung als auch für die Forderungspfändung gelten.

b) Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen des Schuldners, §§ 864–871 ZPO

Bei der Vollstreckung in das **unbewegliche Vermögen** des Schuldners ist zwischen drei Ausprägungen zu unterscheiden, § 866 Abs. 1 ZPO: 15

- **Zwangshypothek**, §§ 866–868 ZPO. Zuständig ist das Grundbuchamt.
- **Zwangsversteigerung**, § 869 ZPO i.V.m. §§ 15 ff. ZVG. Sachlich zuständig ist das Vollstreckungsgericht, § 15 ZVG. Funktionell zuständig ist der Rechtspfleger, § 3 Nr. 1 i) RPflG.
- **Zwangsverwaltung**, § 869 ZPO i.V.m. §§ 146 ff. ZVG. Sachlich zuständig ist das Vollstreckungsgericht, §§ 146 Abs. 1, 15 ZVG. Funktionell zuständig ist der Rechtspfleger, § 3 Nr. 1 i) RPflG.

2. Zwangsvollstreckung wegen Herausgabe und Leistung von Sachen, §§ 883–886 ZPO

Die Zwangsvollstreckung wegen **Herausgabe** und Leistung von Sachen kann in zwei Teilbereiche unterschieden werden: 16

- Herausgabe von **beweglichen** Sachen, §§ 883, 884 ZPO;
- Herausgabe von **unbeweglichen** Sachen, § 885 ZPO.

Zuständig ist in beiden Fällen der Gerichtsvollzieher.

3. Zwangsvollstreckung wegen Vornahme, Duldung oder Unterlassung von Handlungen, §§ 887–893 ZPO

Hinsichtlich der Zwangsvollstreckung wegen Vornahme, Duldung oder Unterlassung von **Handlungen** kann zwischen drei Ausprägungen unterschieden werden: 17

- Vornahme von **vertretbaren** Handlungen, § 887 ZPO;
- Vornahme von **unvertretbaren** Handlungen, § 888 ZPO;